

35/1994 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

CDU-Generalsekretär Peter Hintze  
zum Herbstgutachten:

## Politik der Bundesregierung eindrucksvoll bestätigt

Der noch vor einiger Zeit wolkenverhangene Konjunkturhimmel klart sich endgültig auf. Das Herbstgutachten der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute widerlegt alle Schlechtwetterpropheten und Schwarzmalerei. Unsere Politik für Wachstum und Beschäftigung wird eindrucksvoll bestätigt.

Selbst Skeptiker mußten ihre Wachstumserwartungen weiter nach oben korrigieren. Außerdem wird das kräftige Wachstum den Arbeitsmarkt weiter entlasten. Unsere Produkte werden vom Ausland wieder stärker nachgefragt. Die Kaufkraft der Bürger wird durch die noch niedrigere Inflation zusätzlich gestärkt. Dies ist zugleich auch die beste Sozialpolitik. Das Engagement der Bundesregierung für die neuen Bundesländer zahlt sich aus. Auch im nächsten Jahr werden dort wieder zweistellige Wachstumsraten erreicht werden.

Wir werden weitere unverzichtbare Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung auf den Weg bringen. Wir wollen Wissenschaft und Forschung stärken, die Staatstätigkeit zurückführen, die Leistungsfähigkeit des sozialen Netzes sichern, die Familien stärken und die Steuer- und Abgabenbelastung schrittweise senken. Folgen wir dem Tenor des Herbstgutachtens: Nicht Miesmachen, wie SPD, Grüne und PDS, sondern Mitmachen ist die Devise. ■

### HEUTE AKTUELL

- **Aufbau Ost**  
Deutliche Fortschritte in den neuen Bundesländern. Seite 2
- **Bundestagswahl**  
Bundesgeschäftsführer Hans-Joachim Reck zieht eine positive Bilanz. Seite 3
- **Bundeskabinett**  
Hannelore Rönsch verzichtet auf eine erneute Berufung. Seite 5
- **Arbeitsmarkt**  
Impulse für zusätzliche Arbeit in den Ländern und Kommunen. Seite 7
- **CDU Hessen**  
Helmut Kohl begrüßt die Nominierung von Manfred Kanther als Spitzenkandidat für die Landtagswahl. Seite 9
- **Dokumentation**  
Das Wahlergebnis in Kommentaren und Schlagzeilen der internationalen Presse. Grüner Teil

Theo Waigel:

## Deutliche Fortschritte beim Aufbau in den neuen Bundesländern

**Die Herbstdiagnose der Forschungsinstitute unterstreicht die Zuversicht in einen dauerhaften Konjunkturaufschwung, erklärte Bundesfinanzminister Theo Waigel zum Herbstgutachten.**

Jetzt zeigt sich, daß die wirtschaftlichen Annahmen der Bundesregierung kein Zweckoptimismus waren, sondern auf der erreichten Verbesserung der Wachstumsbedingungen beruhen. Vor allem in den neuen Ländern macht der Aufbau deutliche Fortschritte. Der Aufholprozeß kommt auf breiter Basis nicht zuletzt durch die umfangreiche wirtschaftliche Förderung zügig voran.

Zu Recht fordern die Institute „für viele Jahre eine zurückhaltende Ausgabenpolitik“, denn nur bei strikter Ausgabenziplin sind die dringend erforderlichen Steuerentlastungen bei paralleler Rückführung der öffentlichen Defizite verantwortlich gestaltbar.

Wie die Institute ist die Bundesregierung davon überzeugt, daß der mittelfristige Wachstumspfad durch Steuer- und Abgabentlastung gesichert werden muß. Steuerentlastungen dürfen aber nicht zu Lasten der Rückführung der öffentlichen Defizite gehen. Zum einen ist die Bundesrepublik durch den Vertrag von Maastricht verpflichtet, strikte Haushaltsdisziplin einzuhalten. Sie wird damit vorbildlich den Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion weisen. Zum anderen würden höhere Defizite eine Entspannung auf dem Kapitalmarkt gefährden und damit das künftige Wachstum in Frage stellen.

Zu Recht weisen die Institute darauf hin, daß Ausgabenkürzungsspielräume nicht nur bei den „Subventionen des Bundes, sondern bei vielen anderen Ausgaben auch und auf allen staatlichen Ebenen, nicht zuletzt bei den Kommunen“, bestehen. Die Einschätzung der Institute, „die Lohnpolitik sollte dem Erfordernis einer Verbesserung der Gewinnsituation und der Verringerung der Arbeitslosigkeit ebenso gerecht werden wie dem der weiteren Rückführung der Inflationsrate“ ist eine wichtige Empfehlung an die Adresse der Tarifpartner zur Absicherung des Aufschwungs. Die Bundesregierung wird ihrerseits mit der eingeschlagenen Konsolidierungsstrategie und der leistungsorientierten Steuerpolitik zur langfristigen Wachstumssicherung und Beschäftigungssteigerung beitragen.

### Wirtschaft erholt sich weiter

Auf dem Arbeitsmarkt wurde in ganz Deutschland die Wende zum Besseren erreicht. Die Kurzarbeiterzahlen sind kräftig gesunken, und in den letzten Monaten wurden verstärkt offene Stellen gemeldet. Die im Rahmen des Aktionsprogramms für mehr Wachstum und Beschäftigung erneuerte Existenzgründungsoffensive ebenso wie die Teilzeittätigkeit werden in Zukunft noch stärker zur Geltung kommen. Neue, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze können über die Eroberung neuer Märkte geschaffen und gesichert werden. Die verbesserte Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf den Weltmärkten infolge der eingeleiteten, erfolgreichen Umstrukturierungsmaßnahmen wird hierbei einen Beitrag leisten.

## Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

hinter uns liegt der wohl längste Wahlkampf in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Seit dem Frühjahr hat die CDU fast ununterbrochen Wahlkampf geführt — für Landtags- und Kommunalwahlen, für die Europawahl und schließlich für die Bundestagswahl.

Der Einsatz unserer Partei war gewaltig, und darum können wir alle stolz sein über den Erfolg vom 16. Oktober: Die Regierungskoalition unter Führung der CDU hat mit Bundeskanzler Helmut Kohl an der Spitze die zweite gesamtdeutsche Wahl gewonnen. Noch zu Beginn des Jahres hat kaum jemand ein solches Ergebnis erwartet. Mit großen Anstrengungen hat sich die Union aus dem demoskopischen Tief herausgearbeitet und die Stimmung gewendet. Dieser Erfolg kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Er ist nur möglich geworden, weil die Wahlkämpfer unserer Partei Ungeheures geleistet haben. Mein Dank gilt den zehntausenden freiwilligen Helfern. Ohne sie hätten die Ideen und Argumente für unsere Sache die Bürger niemals erreicht. Ganz besonders danke ich auch unseren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: Dank ihrer Professionalität, Erfahrung und Einsatzbereitschaft ist es uns gelungen, die Mitglieder unserer Partei in allen Regionen unseres Landes zu mobilisieren und so den Sieg für die Union zu erringen.

Entscheidend für den Erfolg unserer Kampagnen und Aktionen war die gute Zusammenarbeit zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Landes- sowie Kreisgeschäftsstellen. Dabei hat sich das Konrad-Adenauer-Haus als Dienstleistungszentrum der CDU Deutschlands bewährt.

1.400 Veranstaltungen im Rahmen des Bundesrednereinsatzes wurden koordiniert; für alle Bundestagskandidaten und deren Wahlkampf-Teams wurde ein umfangreicher und individueller Kandidatenservice angeboten. Die Materialien der Union überzeugten durch pointierte Sachlichkeit und ansprechende Aufmachung. Nicht Quantität, sondern Qualität hieß unser Konzept.

Die CDU hat in diesem Superwahljahr einen hochmodernen Kommunikationswahlkampf geführt. Durch zahlreiche Neuerungen profilierten wir uns als Partei an der Spitze des technologischen Fortschritts: Unser parteiinternes Kommunikationssystem KomSys ist in der deutschen Politik einmalig und auch über die Landesgrenzen hinaus vorbildlich. Unser Wahlkampf nahm Abschied von den Materialschlachten der Vergangenheit und setzte ganz auf Dialog. Dieses Konzept — das gerade auch in den neuen Bundesländern unter dem Motto „CDU im Gespräch“ mit verschiedenen Aktionsformen umgesetzt wurde — war ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg. Dazu gehörte auch unsere breit angelegte Telefonaktion, die bereits im Europawahlkampf große Resonanz fand. In der Schlußphase des Bundestagswahlkampfes wählten im Anschluß an die Fernseh-Spots der Union täglich bis zu 10.000 Bürgerinnen und Bürger die Nummer (02 28) 1994.

Schnell, professionell, modern: So hat sich die CDU-Bundesgeschäftsstelle und mit ihr die Gliederungen der Partei in diesem Superwahljahr präsentiert. Der Erfolg der Bundestagswahl hat nicht nur die Grundüberzeugungen und politischen Inhalte der Union eindringlich bestätigt. Auch das Image unserer Partei — unsere Darstellung nach außen — hat eine Aufwertung erfahren, auf die wir stolz sein können. Beides brauchen wir auch in

## Helmut Kohl: Dank und Respekt für Hannelore Rönsch

Die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, hat dem Bundeskanzler mitgeteilt, daß sie in der neuen Legislaturperiode nicht mehr für ein Amt in der Bundesregierung zur Verfügung steht. Der Bundeskanzler bedauerte ihren Schritt, respektierte aber die Entscheidung von Frau Rönsch.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich bei ihr für die in den vergangenen Jahren geleistete sehr gute Arbeit bedankt. Sie habe ihre Aufgabe in dem wichtigen Feld der Familien- und Seniorenpolitik verantwortungsvoll und mit großem Engagement wahrgenommen.

## Atomgegner Engholm berät Stromriesen

Bislang galt der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Björn Engholm (SPD) als ausgemachter Kritiker der Kernenergie. Doch inzwischen wurde bekannt, daß Engholm seit Beginn dieses Jahres ausgerechnet das Energieunternehmen Preußen-Elektra berät. Die Preu-

## Zitat

*Die Tatsache, daß der SPD-Parteivorstand mit abenteuerlichen Überlegungen versucht hat, das eindeutige Wahlergebnis vom vergangenen Sonntag ins Zwielicht zu rücken, zeigt, daß die SPD ihre Niederlage nicht verkraftet. Scharping ist und bleibt ein schlechter Verlierer.*

**Jürgen Rüttgers, Erster Parlamentarischer  
Geschäftsführer der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

ßen-Elektra, eine hundertprozentige Tochter der Veba, ist Mitbetreiber der drei in Schleswig-Holstein gelegenen Kernkraftwerke Krümmel, Brunsbüttel und Brokdorf sowie des Atommeilers Stade am niedersächsischen Elbufer. Ein Sprecher des Unternehmens bestätigte die Verpflichtung Engholms.

Die Nachricht über die Beratertätigkeit Engholms hat in Kiel überrascht. Oppositionsführer Otfried Hennig (CDU) sprach von einer „schmierigen Politik“ und „dreister Verlogenheit“, wenn Engholm jetzt bei Atomkraftbetreibern kaschiere. Die Grünen erklärten, die angebliche Ausstiegspolitik der SPD verliere jede Glaubwürdigkeit.

*Zukunft, wenn wir nun, gestärkt durch das Vertrauen der Bürger, die vor uns liegenden Aufgaben angehen.*

*Unsere Ausgangsbedingungen sind gut: Die Mehrheit der CDU-geführten Bundesregierung gegenüber der demokratischen Opposition beträgt 40 Sitze; über die Rolle der kommunistischen PDS entscheidet nicht zuletzt die Frage, wie es denn die SPD in Zukunft mit der SED-Nachfolgeorganisation hält.*

*Für die Union und ihre Mitglieder gilt: Lassen Sie uns alle mit dem Schwung und der Entschlossenheit weitermachen, die uns in den vergangenen Monaten gemeinsam und mit Helmut Kohl an der Spitze zum Erfolg verholfen haben. Unser Wahlsieg beweist, daß der Einsatz sich lohnt.*

JL

Haus-J. R. R.

# Hannelore Rönsch verzichtet auf erneute Berufung ins Kabinett

**Bundesfamilien- und Seniorenministerin Hannelore Rönsch hat in Bonn folgende Erklärung abgegeben:**

„Ich habe Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl in dieser Woche gebeten, mich für die neue Legislaturperiode nicht mehr in das Bundeskabinett zu berufen. Es war mir wichtig, diesen aus freien Stücken getroffenen Entschluß frühzeitig mitzuteilen, damit der Bundeskanzler ihn in seinen Planungen für die Koalitionsverhandlungen berücksichtigen kann.

Fast vier Jahre lang habe ich als Ministerin für Familien, ältere Menschen und sozial Bedürftige arbeiten dürfen. Ich habe diese Arbeit immer sehr gerne getan. Gerade nach der Wiedervereinigung empfand ich es als große Herausforderung, mich an einflußreicher Stelle für die Angleichung der Lebensverhältnisse in ganz Deutschland engagieren zu können.

Meine Tätigkeit als Ministerin fiel in eine schwierige Zeit, in der die Verteilungsspielräume wegen knapper Kassen und großer Aufgaben in Deutschland relativ gering waren. Wir — darin schließe ich die Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Ministeriums ausdrücklich ein — haben jedoch das durchgesetzt und verwirklicht, was angesichts der angespannten Finanzlage des Bundes zu erreichen war. Wir konnten trotz aller Sparzwänge die **familienpolitischen Leistungen** — wie zum Beispiel Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub — weiter ausbauen.

Zugleich ist es uns, so meine ich, gelun-

gen, der Politik für ältere Menschen einen erheblich größeren Stellenwert zu verschaffen. Mit dem völlig neu ins Leben gerufenen Bundesaltenplan gibt der Bund Impulse für eine Weiterentwicklung der Altenarbeit und der Altenhilfe. Kernstück ist dabei bisher das Modellprogramm Seniorenbüro. Durch mittlerweile über 30 Seniorenbüros haben wir älteren Menschen, die gerne noch aktiv sein möchten, erstmals Anlaufstellen geschaffen, wo sie nach ihren Wünschen in sehr vielfältige Aufgaben vermittelt werden können.

Im dritten Bereich des Ministeriums — der sozialen Wohlfahrtspolitik — haben wir unter anderem die Sozialhilfe als das letzte soziale Auffangnetz für Menschen in Not krisenfester gemacht. Wir haben Löcher im Netz repariert, damit Sozialhilfe auch in Zukunft den Bedürftigen Halt gibt und ihnen wirksam hilft. Um in Not geratene Menschen wieder leichter aus der Sozialhilfeabhängigkeit zu befreien, haben wir vor allem eine erheblich intensivere Beratung im Bundessozialhilfegesetz verankert.

Nach reiflicher und längerer Überlegung habe ich mich entschieden, mich in Zukunft in meiner politischen Arbeit wieder auf mein Bundestagsmandat und auf meinen Wahlkreis zu konzentrieren. Politik ist und bleibt mir wichtig. Wichtig ist mir aber außerdem, wieder mehr Zeit für mein engeres soziales Umfeld, für die Familie, für Freunde und Bekannte zu finden.

Bundesministerin zu sein, ist eine aufreibende Aufgabe, der ich mich vier Jahre lang mit ganzer Kraft und großer Freude gewidmet habe. Andere Belange traten in

dieser Zeit zwangsläufig zurück. Ihnen möchte ich künftig neben der Politik wieder mehr Gewicht einräumen.

Politische Ämter in der Demokratie bedeuten immer Verantwortung auf Zeit. Deshalb empfinde ich meinen Abschied aus dem Ministeramt als etwas ganz Normales. Für mich waren die vier Jahre so interessant, inhaltsreich — und, wie ich finde, auch ergebnisreich —, daß ich nun den Stab weitergeben möchte.

An die Politik richten Bürgerinnen und Bürger sowie die Öffentlichkeit mit Recht hohe Erwartungen. Das Verhältnis zwischen Wählern und Gewählten wird aber zum Teil auch von Vorurteilen und von zu wenig Verständnis füreinander beein-

## Sechs Grundsätze für eine bürgernahe Politik

flußt. Weil mir eine bürgernahe, basisverbundene Politik sehr am Herzen liegt, möchte ich zu diesem Thema sechs Grundsätze formulieren, aus denen heraus ich versucht habe, meine Arbeit als Ministerin zu gestalten:

- Politik muß zuallererst den Menschen dienen.
- Politik kann nur die Kunst des Möglichen sein. Sie vermag keine Wunder zu vollbringen, und sie ist nicht immer für alles der richtige Adressat, was die Bürger gerne von ihr gelöst sähen.
- Politiker sind nicht unfehlbar, sondern Menschen wie du und ich, mit Stärken und Schwächen. Ich bekenne mich dazu, Mensch und Politikerin zu sein.
- Nicht immer kommt in der Politik das Menschliche zum Vorschein, nicht immer wird dort Solidarität großgeschrieben. Ein Stück mehr Zusammenhalt innerhalb der Parteien und zwischen den beiden großen politischen Lagern täte gut.
- Politiker brauchen Mut, auch Unbe-

quemeres auszusprechen und durchzusetzen, wenn sie es für richtig erkannt haben und davon überzeugt sind. Eine klare politische Sprache verringert den Abstand zwischen Bürgern und Politikern, zwischen den Menschen an der Basis und denen da oben in Bonn'.

■ Politik und Medien können kein freundschaftliches Verhältnis pflegen, aber doch einen fairen und gerechten Umgang miteinander. Dazu gehört für mich, daß Journalisten effektheischnende Schnellschüsse — vor allem auf Personen — vermeiden und gründlich die Fakten sammeln, bevor sie ihre Kritik anbringen.

Wichtig bleibt mir im Rückblick, aber auch im Ausblick auf die nächsten Jahre zum Beispiel mein Vorstoß für einen ‚Zukunftsbeitrag‘, durch den Kinderlose sich stärker an der Sicherung ihrer eigenen Zukunft beteiligen könnten. Obwohl in diesen Vorschlag allerlei Unsinn hineininterpretiert wurde, habe ich viel Zustimmung — auch in den eigenen Reihen — dazu erhalten. Die Diskussion um die Familienpolitik und um eine stärkere Anerkennung der enormen Leistungen von Familien hat nicht zuletzt durch diese Idee neuen Aufwind bekommen.

Ich bleibe dabei, daß wir zu einem gerechteren Ausgleich zwischen Kinderlosen und Familien kommen müssen. Dies hat übrigens auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt. Wir müssen nach meiner festen Überzeugung die Familien noch erheblich stärker steuerlich entlasten und jene Familien, die wegen ihres Einkommens kaum oder keine Steuern zahlen, durch ein deutlich höheres Kindergeld besser fördern. Daß Familien ihre eigene höhere Förderung nicht selbst bezahlen können, liegt auf der Hand. An einer maßvollen Umschichtung von Mitteln zwischen Kinderlosen und Familien führt daher auf die Dauer kein Weg vorbei.“

## Produktive Arbeitsförderung West:

# Impuls für zusätzliche Arbeit in den Ländern und den Kommunen

Mit der produktiven Arbeitsförderung West (242s AFG) wird seit dem 1. August 1994 auch in den alten Bundesländern ein neuer Weg in der Arbeitsmarktpolitik beschritten, um den arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Problemen zu begegnen.

Anfang 1993 wurde mit der produktiven Arbeitsförderung Ost der Sprung ins kalte Wasser gewagt, ohne vorher langwierige Modellprojekte durchzuführen. Nach einem etwas zögerlichen Start ist sie ein voller Erfolg geworden. Bis zum Oktober 1994 konnten hier 100.000 Menschen eine berufliche Perspektive und für längere Zeit einen sicheren Arbeitsplatz finden. Aufgrund dieser positiven Erfahrungen hat die Bundesregierung die Arbeitsförderung im Rahmen des Beschäftigungsförderungsgesetzes 1994 auch auf die alten Bundesländer übertragen. Ziel der produktiven Arbeitsförderung ist es, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Schwervermittelbare Arbeitslose sollen anstelle von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe die zeitliche begrenzte Möglichkeit der Beschäftigung durch die Gewährung eines Lohnkostenzuschusses erhalten. Da der Arbeitsmarkt der positiven konjunkturellen Entwicklung immer erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung folgt, wird es zunächst noch notwendig sein, auf dem Arbeitsmarkt flankierend Maßnahmen zu ergreifen. Daher fördert die Bundesanstalt für Arbeit bis Ende 1997 schwer zu vermittelnde Arbeitslose durch die Gewährung von Zuschüssen für Arbeiten, die der Verbesserung der Umwelt, der sozialen Dienste und der Jugendhilfe dienen und ohne

diese Hilfe nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt ausgeführt würden.

Wichtige Kriterien hierfür sind öffentliches Interesse, Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit. Die Befristung dieser Regelung verdeutlicht ihren Experimentiercharakter.

Die neue Förderung ist für den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundes kostenneutral. So werden Gelder, die als Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe hätten ausgegeben werden müssen, nunmehr für eine produktive Beschäftigung der Leistungsbezieher in regulären Arbeitsverhältnissen eingesetzt. Eine ergänzende Finanzierung ist von seiten der Träger oder sonstiger dritten Stellen notwendig.

Entsprechend der Neuregelung der Förderbedingungen für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen muß auch bei dieser neuen Leistung der notwendige Entgeltabstand zu ungeförderter Arbeit gewahrt sein, um der Nachrangigkeit geförderter Arbeit Rechnung zu tragen. Deshalb wird die Gewährung des Zuschusses davon abhängig gemacht, daß die Entgelte der geförderten Arbeitnehmer 10 Prozent unter den allgemeinen Entgelten für ungeförderter Arbeit liegen.

Nach dem Arbeitsförderungsgesetz sollen durch die produktive Arbeitsförderung folgende Personengruppen gefördert werden:

- Schwerbehinderte,
- Arbeitnehmer ab 50 Jahren,
- Jugendliche unter 25 Jahren, die keinen beruflichen Abschluß vorweisen und ohne Aussicht sind, in absehbarer Zeit einen anderweitigen Arbeitsplatz zu fin-

den oder eine berufliche Ausbildung zu beginnen. Sie müssen ferner von den letzten sechs Monaten vor Beginn der Maßnahme mindestens drei Monate arbeitslos gewesen sein.

■ Langzeitarbeitslose, die ein Jahr und länger beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet waren,

■ Arbeitnehmer, denen aufgrund ihres Lebensalters, ihrer beruflichen Qualifikation, ihrer regionalen Gegebenheiten oder sonstiger Umstände Langzeitarbeitslosigkeit droht.

Die Arbeitnehmer werden dem Träger durch das Arbeitsamt zugewiesen. Sie müssen grundsätzlich drei Monate vor Beginn der Maßnahme arbeitslos gemeldet sein sowie vorher Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe erhalten oder aus Kurzarbeit oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen kommen.

Alle Arbeitnehmer in der produktiven Arbeitsförderung stehen in einem steuer- und beitragspflichtigen Arbeitsverhältnis. Es gelten also die allgemeinen Regeln des Arbeitsrechtes. Als Zuschuß zum Arbeitsentgelt des zugewiesenen Arbeitnehmers wird höchstens ein Betrag gewährt, der sich für den einzelnen Arbeitnehmer nach

den durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen an Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe einschließlich der Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung errechnet. Für das Jahr 1994 wurde für Westdeutschland ein Beitrag von 2.017 DM errechnet.

Der Zuschuß wird höchstens zwei Jahre gewährt.

Maßnahmeträger können sein:

— Im Bereich der Umweltsanierung/ Umweltverbesserung: Städte, Kreise, Gemeinden, privatrechtliche Unternehmen und Einrichtungen einschließlich der Arbeitsförderungsgesellschaften (Gesellschaften zur Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung).

— Im Bereich der sozialen Dienste: Kirchen, Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts sowie die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege.

— Im Bereich der Jugendhilfe Kirchen, Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts, die auf Bundesebene zusammengeschlossenen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sowie sonstige als Träger der freien Jugendhilfe anerkannte Einrichtungen.

## Dunkle Schatten auf der „Lichtgestalt“

**Zu den jüngsten Veröffentlichungen über eine mögliche Stasi-Zuarbeit des PDS-Bundestagsabgeordneten Gregor Gysi erklärt der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Michael Glos:**

Es ist unerträglich, was Gysi der Öffentlichkeit und dem Parlament zumutet. Solange Gysi die Vorwürfe einer Verbindung zur Stasi nicht überzeugend ausgeräumt hat, ist sein Verhalten untragbar für das Parlament und seine öffentlichen Auftritte in den Medien eine Zumutung. Herr Gysi ist aufgefordert, seine Klage vor dem Bundesverfas-

sungsgericht zurückzunehmen und damit die Veröffentlichung des umfassenden Berichts eines Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Unrechtstaten nicht länger zu blockieren.

Angesichts der jüngsten Veröffentlichungen, die dunkle Schatten auf die „Lichtgestalt“ der PDS werfen, muß vor allem die SPD einen unmißverständlichen Abgrenzungsbeschuß gegenüber der kommunistischen PDS/SED fassen. Ihre Gespräche mit der PDS in Schwerin müssen unverzüglich beendet werden.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

## Große Chancen für die CDU Hessen unter Führung von Manfred Kanther

Zur Nominierung von Bundesinnenminister Manfred Kanther als Spitzenkandidat der hessischen CDU für die Landtagswahl am 19. Februar 1995 erklärte der CDU-Vorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl:

Mit der Nominierung von Manfred Kanther als CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 19. Februar 1995 hat die hessische CDU eine hervorragende Entscheidung getroffen, die ich als CDU-Vorsitzender nachdrücklich begrüße und unterstütze.

Als Finanzminister in Hessen von 1987 bis 1991, als Bundesinnenminister seit 1993 sowie als Vorsitzender der hessischen CDU hat Manfred Kanther in schwieriger Zeit Kompetenz, Führungsstärke und Durchsetzungskraft bewiesen. Das kürzlich verabschiedete Verbrechenbekämpfungsgesetz trägt seine deutliche

Handschrift. Es bedeutet einen großen Schritt nach vorn für die innere Sicherheit in Deutschland.

Ein baldiger Regierungswechsel in Wiesbaden ist notwendig, damit dieses Bundesland wieder seine wichtige Rolle als ein Motor der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wahrzunehmen vermag. Die rot-grüne Landesregierung ist dabei, Hessens Zukunft zu verspielen. Sie hat die enormen Chancen der Wiedervereinigung Deutschlands und der europäischen Entwicklung für die Rhein-Main-Region nicht zu nutzen vermocht.

Unter der Führung von Manfred Kanther hat die hessische CDU eine hervorragende Chance, Hessen in eine gute Zukunft zu führen. Die Landtagswahl bietet den Wählerinnen und Wählern zugleich die Chance, der sozialdemokratischen Blockadepolitik im Bundesrat eine deutliche Absage zu erteilen. ■

## Ostdeutsche Industrie weiter im Aufschwung

Die Nachfrage bei der ostdeutschen Industrie zeigt seit geraumer Zeit eine deutliche Aufwärtstendenz. Im August nahm sie — anders als in den letzten beiden Jahren um die gleiche Zeit — gegenüber dem Vormonat merklich zu. Dabei könnte auch eine Rolle gespielt haben, daß die Zahl der Schulfertigtage — im Gegensatz zu Westdeutschland — geringer war als im Juli. Die inländischen und die ausländischen Orders stiegen jeweils im gleichen Ausmaß. Besonders deutlich

fiel der Auftragszuwachs mit + 7 Prozent im Verbrauchsgüterbereich aus, aber auch der Investitionsgütersektor sowie das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe konnten spürbar mehr Aufträge hereinnehmen. Den kräftig aufwärtsgerichteten Trend der Nachfrage bei der ostdeutschen Industrie bringt vor allem der Vorjahresabstand deutlich zum Ausdruck. Im Zeitraum Juli/August übertrafen die Ordereingänge ihr entsprechendes Vorjahresniveau um 21,9 Prozent.

# NATO-Erweiterung sollte in ganz Europa ein Sicherheitsgewinn sein

**Zum Amtsantritt des neuen NATO-Generalsekretärs Claes und seiner Forderung nach der Ost-Erweiterung des Bündnisses erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues:**

Der neue NATO-Generalsekretär hat sich bei Antritt seines Amtes gestern entschieden für eine Ost-Erweiterung der NATO innerhalb seiner Amtszeit ausgesprochen und dies als seine historische Pflicht bezeichnet. Die Einbeziehung unserer nächsten Nachbarn in das Bündnis wird ihren demokratischen und marktwirtschaftlichen Neuaufbruch unterstützen. Spätestens im Gefolge einer Erweiterung der Europäischen Union und der Westeuropäischen Union muß das Bündnis den Weg dahin abstecken.

Die Erweiterung wird auf jeden Fall einen Gewinn an Stabilität für Mitteleuropa bedeuten. Noch besser wäre es freilich, wenn die Erweiterung sich einfügen ließe in eine umfassende Perspektive zur Kräftigung der Stabilität im ganzen KSZE-Raum: Von einer erweiterten

NATO sollten stärkere Stabilitätsimpulse für ganz Europa ausgehen. Der Gewinn an Sicherheit seit 1989 muß, auch im wohlverstandenen Interesse unserer östlichen Nachbarn, nicht nur bewahrt, sondern möglichst erweitert werden.

## Anwalt der europäischen Stabilität

Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß zwischen NATO und Rußland Einigkeit über diese Zielvorstellung hergestellt werden kann. Rußland kann davon überzeugt werden, daß sich auch eine erweiterte NATO voll und ganz als Anwalt der europäischen Stabilität versteht, deren positive Wirkung gerade Rußland braucht. Auf dieser Basis, die beiden ihre Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit läßt, könnten die NATO und Rußland in ständigem Dialog kooperieren. Ein Rußland, das in engen vertrauensvollen Beziehungen mit der NATO die Entwicklung und Stabilität in ganz Europa und darüber hinaus fördert, dient auch und gerade den Interessen der denkbaren NATO-Beitrittskandidaten.

## Das Urteil ist ein Skandal

**Zum jüngsten Skandal-Urteil des Lübecker Landgerichts erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:**

Linke Richter in Lübeck mißbrauchen ihre richterliche Unabhängigkeit zu einem drogenpolitischen Amoklauf. Gegen den Bundesgerichtshof, gegen das Bundesverfassungsgericht und gegen den Deutschen Bundestag legen

sie selbstherrlich einen absurden Cannabis-Grenzwert fest — auf Kosten der allgemeinen Glaubwürdigkeit der Justiz.

Nach rechtem „Budenzauber“ aus Mannheim nun das linke Pendant aus Lübeck: Richter, denen ihre Ideologie wichtiger ist als die Bindung an Recht und Gesetz, stellen die richterliche Unabhängigkeit in Frage.

# Mehr Transparenz in den Krankenhäusern notwendig

Im Auftrag von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer hat das Deutsche Institut für medizinische Dokumentation und Information eine Klassifikation aller in den Krankenhäusern durchgeführten Operationen herausgegeben. Durch das Gesundheitsstrukturgesetz sind die Krankenhäuser verpflichtet worden, künftig auf den Abrechnungen mit den Krankenkassen eine Codenummer anzugeben, aus der zu entnehmen ist, welche Operationen durchgeführt worden sind.

Seehofer erklärt dazu: „Es ist kaum zu glauben, aber die traurige Wahrheit, daß die Krankenkassen bisher über die Leistungen, die die Krankenhäuser für ihre Versicherten erbracht haben, so gut wie nichts erfahren haben. Es ist deshalb kein Wunder, daß es mit der Wirtschaftlichkeit nicht zum besten steht.“

Der Bundesgesundheitsminister will sich dem Nachdruck für mehr Transparenz im Gesundheitswesen einsetzen. Er sieht

darin eine entscheidende Voraussetzung sowohl für die Qualitätssicherung in der Medizin als auch für die Begrenzung der Gesundheitskosten. Neben der Ausgabenbudgetierung in der Krankenversicherung sei eine verbesserte Leistungs- und Kostentransparenz das wirksamste Mittel für mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen.

Seehofer will dafür sorgen, daß das „Zeitalter der elektronischen Datenverarbeitung auch im Gesundheitswesen Einzug hält“. Die Steuerung der medizinischen Versorgung durch die Selbstverwaltung der Krankenkassen und der Leistungserbringer sei bisher „über weite Strecken ein Blindflug“ gewesen. „Die Daten und Informationsgrundlagen, die für gezielte Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Kostenkontrolle sowie für die Planung notwendig sind, fehlen an allen Ecken und Enden“, kritisiert der Minister. Dies werde auch von den Beteiligten bitter beklagt.

## Erblast Ost

Günter Goetzendorff, Mitglied des ersten Deutschen Bundestages, hat mit seinem Buch „Die Erblast Ost“ eine kritische Chronik der Deutschen Einheit vorgelegt, die insbesondere die Rolle der SPD beleuchtet. Wolfgang Schäuble: „Aus langer Erfahrung den schwierigen Weg zur Einheit kommentierend nachzeichnet.“ Rudolf Seiters: „Eine höchst interessante Lektüre und ein Nachschlagewerk, das gespeist ist aus tiefer Erfahrung.“

G. Goetzenhoff: Die Erblast Ost  
488 Seiten, 1994, Verlag Haag + Herchen  
Frankfurt am Main, EfaIn-Einband, 49,80 DM.

## Studium bleibt beliebt

Der Anteil der Studienanfänger am Altersjahrgang der 19- bis 21jährigen Bevölkerung ist im vergangenen Jahr erneut um 1,4 Prozentpunkte gestiegen. Nach Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft entschied sich jeder dritte Jugendliche (33,2 Prozent) dieser Altersgruppe für eine Hochschulausbildung. In den alten Bundesländern nahmen 35,7 Prozent der Jugendlichen dieses Altersjahrganges ein Studium auf, in den neuen Ländern entschieden sich hierfür nur 22,6 Prozent.

## Klaus Welle neuer Generalsekretär der EVP

**Neuer Generalsekretär der Europäischen Volkspartei (EVP) ist der bisherige Leiter der Abteilung Außenpolitik der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Klaus Welle.**

Der 30jährige wurde am 20. Oktober in Brüssel mit großer Mehrheit vom 138köpfigen Politischen Büro der christdemokratischen Parteien in Europa gewählt. Der EVP-Vorsitzende Wilfried Martens hatte Welle auf Anregung der CDU zur Wahl vorgeschlagen. Die CDU freut sich, daß nach Dr. Thomas Jansen wiederum ein Repräsentant der CDU Deutschlands in dieses wichtige Amt gewählt wurde. Schwerpunktaufgabe des neuen Generalsekretärs wird die Vorbereitung der europäischen Christdemokraten auf die Regierungskonferenz 1996 sein.

Klaus Welle ist außerdem außenpolitischer Sprecher im Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands und seit drei Jahren auch Vorsitzender des Demokratischen Jugendverbandes (DEMYC), des Dachverbandes der christdemokratischen und gemäßigten politischen Jugendorganisationen in Europa. Als Mitglied der Programmkommission der Europäischen Volkspartei hat er zuletzt maßgeblich an der Erarbeitung des Aktionsprogramms der EVP für die Legislaturperiode 1994—1999 mitgewirkt.

Generalsekretär Peter Hintze gratulierte Klaus Welle im Namen der CDU Deutschlands und des Konrad-Adenauer-Hauses zu seinem neuen Amt und freut sich auf eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen CDU und EVP.

## Unionsfraktion hat Mailbox gestartet

**A**nfang September hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Betrieb einer „Mailbox“ gestartet. Damit wird PC-Besitzern die Kommunikation mit der Union im Bundestag wesentlich erleichtert. Wer über ein Modem und Telekomanschluß verfügt, kann die Mailbox „Union BT“ unter der

**Telefon-Nr. (02 28) 16-59 46**

anwählen. Auf dem Bildschirm des Nutzers erscheint dann ein Mailbox-Menü, das einfach, schnell und sicher zu den Informationsangeboten führt. Diese Texte kann der Nutzer auch auf seinen eigenen PC „downloaden“. Umgekehrt kann der Nutzer Anfragen

und Mitteilungen an/für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion übermitteln. In der Mailbox „Union BT“ sind die jeweils aktuellen Informationsdienste und Publikationen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gespeichert: Der Pressedienst, die Informationsdienste „Stichworte der Woche“ und „Bürgerpost“ sowie Broschüren und Infoblätter zur parlamentarischen Arbeit der Union im Bundestag. Außerdem werden die vollständigen Redetexte führender Unionspolitiker im Bundestag angeboten.

Über „Postfächer“ kann der Nutzer die Facharbeitsgruppen, Arbeitsgemeinschaften und soziologischen Gruppen der Fraktion erreichen.

## Betriebs- und Personalräteseminare

Das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK), Bildungswerk und Heimvolkshochschule der „Stiftung Christlich-Soziale Politik e.V.“ in Königswinter, bietet für Betriebs- und Personalräte ein reichhaltiges Seminarangebot.

Die gegenwärtige angespannte Finanz- und Wirtschaftslage trifft sowohl die Wirtschaftsunternehmen als auch den öffentlichen Dienst in erheblichem Ausmaß. Diese Situation stellt die Betriebs- und Personalräte vor neue Herausforderungen. Es gilt, sozial verträgliche Lösungen zu finden mit dem Ziel, einseitige Entscheidungen zu Lasten der Kollegen und Kolleginnen zu vermeiden.

Dieses Ringen um Lösungen ist naturgemäß konfliktbehaftet, da in der Betriebs- und Personalratsarbeit unterschiedliche Interessen aufeinanderstoßen. Die Kollegen und Kolleginnen in den Betriebs- und Personalräten müssen in die Lage versetzt werden, mit Fach- und Sachkompetenz aktiv zur Konfliktlösung beizutragen.

Wir wenden uns an alle interessierten Kollegen und Kolleginnen aus den alten wie den neuen Bundesländern.

Die Seminare für Betriebs- und Personalräte im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter gliedern sich in

- Grundseminare zur Vermittlung von Basiskenntnissen,
- Aufbau-seminare mit arbeitsrechtlichen Schwerpunkten,
- Vertiefungsseminare zur Weiterführung arbeitsrechtlicher/fachspezifischer Themen,
- Fachseminare zur Mitbestimmung in Betrieb und Verwaltung.

Aus dem Seminarangebot des Arbeitnehmer-Zentrums Königswinter für Betriebs-

und Personalräte 1994 einige Seminarthemen, -termine und inhaltliche Schwerpunkte:

### Personalratsarbeit in der Praxis: 28. 11.—2. 12. 94 (94.6360.9 PR)

- Zusammensetzung und Amtszeit des Personalrats
- Allgemeine Vorschriften
- Pflichten
- Rechtstellung
- Geschäftsführung
- Kosten und Sachaufwand
- Aus- und Fortbildung

### Wie werde ich Betriebsrat?: 2.—4. 12. 94 (94.6316.9 BR)

- Beteiligungsrechte
- Mitbestimmung im sozialen Bereich
- im personellen Bereich
- Durchführung der Betriebsratswahlen

### Praktische Betriebsratsarbeit: 14.—18. 11. 94 (94.6314.9 BR)

- Geschäftsführung und Organisation
- Beteiligungsrechte
- Mitbestimmung im sozialen Bereich — im personellen Bereich
- Informations- und Beratungsrecht in wirtschaftlichen Angelegenheiten.

### Geschäftsführung des Betriebsrats (Sonderprogramm):

9.—11. 12. 94 (94.6318.9 BR)

### Arbeitsrecht II:

21.—25. 11. 94 (94.6315.9 BR)

- Die Haftung des Arbeitgebers/Arbeiters
- Leistungsstörungen im Arbeitsverhältnis
- Betriebsübung, Gleichbehandlung, Kündigung
- Arbeitsgerichtsbarkeit

**Arbeitsrecht III:**

7.—11. 11. 94 (94.6313.9 BR)

5.—12. 12. 94 (94.6316.9 BR)

- Kündigungsschutz
- Koalitionen und Koalitionsfreiheit
- Tarifvertragsrecht
- Arbeitskampfrecht

**Einführung in das Betriebsverfassungsgesetz:**

14.—18. 11. 94 (94.6323.9. BR)

- Mitwirkung/Mitbestimmung
- Geschäftsführung des Betriebsrats
- Einigungsstelle
- Wirtschaftsausschuß

**Beteiligungsrechte:**

7.—11. 11. 94 (94.6355.9 BR)

- Spannungsfelder in der Dienststelle
- Planung und Durchführung von Personalversammlungen
- Koalitionsrecht
- Beteiligungsrechte

**Kommunikationstraining II:**

14.—18. 11. 94 (94.6444.5 BP)

- Arbeitnehmerpositionen vertreten — zu einem Abschluß gelangen

- Die Verhandlung: Atmosphäre und Klima müssen stimmen
- Der Betriebs- oder Personalrat am Telefon
- Die unterschiedlichen Konferenzarten
- Die Betriebs- und Personalversammlung

**Arbeitssicherheit und Unfallverhütung:**

21.—25. 11. 94 (94.6446.9 BP)

- Mitbestimmung und Arbeitssicherheit
- Die Arbeits-, Dienst-, Wegeunfallversicherung
- Gesundheitsschäden durch Fehlverhalten
- Umweltbelastung im und durch den eigenen Betrieb und die Folgen
- Dienststellenstandards — Ausblick auf Europa.

Auf Anfrage senden wir Ihnen gern ausführliche Informationen zu.

**Unsere Anschrift: Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AKZ)  
Johannes-Albers-Allee 3  
53639 Königswinter  
Telefon (0 22 23) 73-0  
Fax-Nr. (0 22 23) 73-111.**

**Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Sie dienen dem Dialog und der kontroversen Auseinandersetzung über die Zukunftsaufgaben deutscher Politik:

**Die Eichholzer Foren****Termine/Themen:**

9. 2.—11. 2. 1995: Ideen, Innovationen, Investitionen — Zukunftsmanagement und technologiepolitische Trends im Wettlauf um internationale Konkurrenzfähigkeit.

1. 3.—4. 3. 1995: Denkmalschutz und Denkmalpflege in Deutschland: Traditionen, Aufgaben, Entwicklungen.

15. 3.—17. 3. 1995: 50 Jahre CDU —

Die Volksparteien und die Zukunft der parlamentarischen Demokratie.

23. 3.—25. 3. 1995: Wandel des Sports, Wandel im Sport — Ist der Sport noch eine tragende Säule der Gesellschaft?

29. 3.—30. 3. 1995: Wandel der Gesellschaft, Wandel von Ehe und Familie — Sind personale Beziehungen noch das Fundament unserer Gesellschaft?

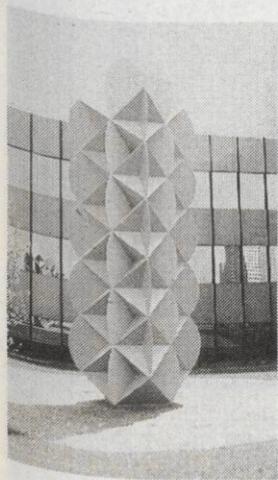
Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung  
Politische Bildung  
Bildungszentrum Schloß Eichholz  
Postfach 1331  
50387 Wesseling**

# Konrad Adenauer, wie man ihn wirklich in Erinnerung hat

**Gleich zweimal ist jetzt der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland in Erinnerung gerufen worden.**

Seit Anfang Oktober heißt der Köln/Bonner Flughafen offiziell „Flughafen Köln/Bonn — Konrad-Adenauer“, und im Nebbienschen Gartenhaus in Frankfurt am Main hat der bekannte Maler und Bildhauer Ernst J.K. Strahl kürzlich eine vielbeachtete Einzelausstellung gehabt, deren beherrschender Mittelpunkt das lebensgroße Portrait „Adenauer mit der Zeitung“ von 1969 war.



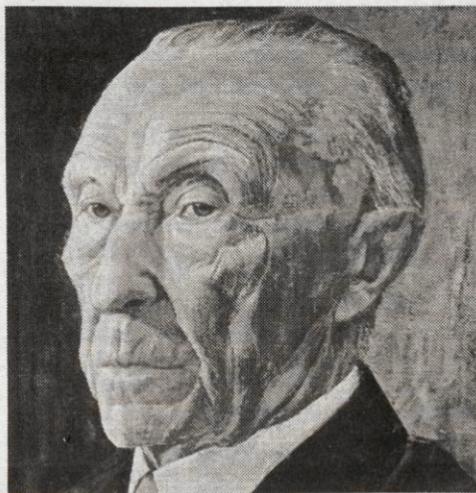
**Tetraeder-Skulptur „Die Mainzer Wabe“ vor dem ZDF-Sendezentrum in Mainz-Lerchenberg von 1973/74.**

Wer in Frankfurt war, wird die Worte von Dorothee Wilms bestätigen, die aus Anlaß einer Ausstellungseröffnung in der Konrad-Adenauer-Stiftung über die Adenauer-Bilder Strahls sagte: Seine Portraits des ersten Bundeskanzlers zeigen Adenauer, wie man ihn wirklich in Erinnerung habe.

Der UId nimmt die Frankfurter Ausstellung gern zum Anlaß, den Adenauer-Portraitierten auch als einen Künstler vorzustellen,

der nicht nur altmeisterliche Maltechniken beherrscht, sondern auch hochmodernen Techniken gegenüber aufgeschlossen ist, wie seine „Laser-graphien“ zeigen.

Als seine „Erfindung“, auf die er geradezu ein „Patent“ hätte anmelden können,



bezeichnet Strahl die Bauweise von Plastiken, die er aus der Grundform des Tetraeders entwickelt.

Aus dieser klaren und geometrischen Form sind zum Teil monumentale Skulpturen entstanden wie zum Beispiel das farbige Wandrelief „Taunusberg“ im neuen Postgiroamt Frankfurt am Main oder die bekannte „Mainzer Wabe“ beim ZDF in Mainz.

Bei aller Freude an Ausflügen in künstlerisches Neuland ist und bleibt Ernst J.K. Strahl jedoch Portraist und seiner Liebe zum Menschenbild treu. Strahl: „Richtig zufrieden bin ich mit meiner Arbeit erst, wenn mir bestätigt wird, daß ich das Wesen eines Mannes oder einer Frau auch wirklich getroffen habe.“

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN

## Deutschland-Premiere:

### „Kennste Deutschland?“

„Kennste Deutschland“ — das Computer-Spiel der CDU ist das erste Spiel, dessen Spielfeld durch die originalen dreidimensionalen Topographie-Daten der Bundesrepublik Deutschland gestaltet wird.

Und wer hier als erster von z. B. Traunstein nach Wolgast (das Ziel bestimmt der Computer) gelangen möchte, muß sich schon gut in Deutschland auskennen, um das dafür notwendige Fahrgeld zu verdienen, um zu wissen, welche Stadt dem Ziel am nächsten liegt, oder ob vielleicht ein Umweg über X-Stadt lohnt, um von dort mit dem Flugzeug weiterreisen zu können.

Unterbrochen wird die Deutschlandreise durch mehrere Frage- und Spielsequenzen, wie z. B. das neue CDU-Quattris oder eine Umfrage der Lokalredaktion. „Kennste Deutschland“ — das Familien-Computerspiel kann mit bis zu 4 Spielern gegeneinander/miteinander gespielt werden.

Systemvoraussetzungen sind ein IBM-kompatibler Rechner mit MS-DOS 4.0, ein 3.5 Laufwerk sowie eine VGA-Grafikkarte.



- Bestell-Nr.: 9849  
Verpackungseinheit: 10 Expl.  
Preis je 10 Expl.: 25,— DM

# UiD

35/1994

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.